

Wider das allgemeine Aufrüsten

Von Urs P. Gasche, Redaktor Infosperber

Seite

1. Die Machtpolitik der Sowjetunion und der USA	2
2. Die Erzählung vom russischen Imperialismus	7
3. Die Nato-Osterweiterung aus der Diskussion genommen	14
4. Medien: «Russland und China könnten den Westen gemeinsam angreifen»	18
5. Die Russen können nicht einmal den ganzen Donbas einnehmen	24
6. So schürt der militärisch-industrielle Komplex Angst. Es geht um Milliardenaufträge	28
7. Kampfjets und Kampfpanzer sind gegen Russland nutzlos	34



«Trump zwingt die EU in die Knie» © TimesXP

Die Grossmacht USA erpresst die zerstückelte EU und die Schweiz

Entweder nachgeben oder höhere Zölle: Je stärker Grossmächte sind, desto mehr missbrauchen sie ihre Macht.

Gegenwärtig dominiert das Nachgeben. Die EU reguliert US-Tech-Konzerne weniger streng als geplant und importiert noch mehr hoch subventionierte US-Agrarprodukte, Frackinggas sowie US-Waffen. Die Schweiz verzichtet darauf, digitale Dienstleistungen zu besteuern, und soll mehr US-Waffen und Agrarprodukte kaufen. Die einseitig verlangten Zölle werden geschluckt.

«Wer Zugang zum amerikanischen Markt will, wird erpresst»

Der Handelsexperte Simon Evenett sieht neue Forderungen auf die Schweiz zukommen

Titelseite der «NZZ» vom 20. November 2025 © NZZ

Keine Regierung protestiert öffentlich dagegen, dass die Zollpolitik der USA gegen lange erarbeitete Vereinbarungen der Welthandelsorganisation WTO verstösst. Das könnte die US-Regierung verärgern.

Tatsächlich haben Grossmächte, wenn sie internationale Abkommen oder anderes internationales Recht verletzen, selten Sanktionen zu befürchten.

Russland wird zwar sanktioniert, führt jedoch den Krieg in der Ukraine weiter.

Die USA töten Menschen in der Karibik und im östlichen Pazifik. Israel tötet, zerstört und besetzt Land in Gaza und im Westjordanland sowie in Syrien. Die Türkei hat sich ebenfalls Land in Syrien angeeignet. Dies alles bleibt ohne Sanktionen.

Die Grossmacht USA kann ihre Gesetze sogar gegenüber US-Firmen, die in der Schweiz oder in der EU ansässig sind, sowie weltweit gegenüber sämtlichen Managern und Verwaltungsräten mit einem US-Pass durchsetzen. Diese können von der US-Justiz belangt werden, wenn sie beispielsweise einseitig erlassene Boykott-Massnahmen der USA nicht befolgen. Die USA können –anders als andere Länder – ihre Gesetze ausserhalb ihres Hoheitsgebietes durchsetzen.

Bei Grossmächten steht der Machterhalt im Vordergrund

Praktisch alle grossen Konflikte wie diejenigen in der Ukraine, in Sudan, Syrien, im südchinesischen Meer oder in Venezuela sind von geopolitischer Machtpolitik geprägt.

Die Geschichte hat es immer wieder nahegelegt: Grossmächte – ob totalitäre oder demokratische – sind stets bestrebt, ihre Macht zu erhalten oder auszuweiten. Zu den Grossmächten gehören heute neben den USA, China und Russland auch die Golfstaaten oder Israel im Nahen Osten.

Sie alle wollen ihre Macht absichern sowie die Kontrolle über Rohstoffe, Wasser und Handelsketten erhalten oder erlangen. Sie alle verfügen – anders als die meisten anderen Länder – über die Ressourcen, um ihre Interessen auch eigenmächtig zu verfolgen.

Der SPD-Politiker und Brandt-Vertraute Egon Bahr, Architekt der «neuen Ostpolitik» unter Bundeskanzler Willy Brandt, erklärte 2013: «In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.» Es gehe um Vorherrschaft, um strategische Vorteile, Profit, Land und Bodenschätze.

Wenn solche Interessen im Spiel sind, scheren sich Grossmächte keinen Deut um das Völkerrecht. In der Ukraine, in Gaza und Westjordanland, in Sudan oder in Myanmar sterben in Kriegen Hundertausende und noch mehr werden schwer verletzt.

Das humanitäre Kriegsrecht wird von allen Seiten mit Füssen getreten. Leid und Elend sind unermesslich.

Die grossen Kriege gäbe es nicht, wenn Grossmächte mit finanzieller und logistischer Hilfe nicht eingreifen und keine Rüstungsgüter liefern würden. Indem sie Kriegsparteien

unterstützen, verfolgen Grossmächte jeweils ihre eigenen Interessen, ohne auf das Völkerrecht oder die lokalen Bevölkerungen Rücksicht zu nehmen.

Nicht-militärische Einmischungen

Häufig versuchen Grossmächte, fremde Regierungen zu destabilisieren und zu stürzen, ohne das Militär einzusetzen – neuestens zunehmend mit hybriden Angriffen. Dabei geht es um Cyberattacken auf Infrastrukturen, wirtschaftliche Sanktionen und Desinformationskampagnen namentlich in Social Media.

Das Verbot, sich in innere Angelegenheiten eines fremden Staates einzumischen – ein Grundprinzip des Völkerrechts – wird dabei krass missachtet.

Wenn eine Regierung gestürzt werden soll, die ihre Bevölkerung unterdrückt – wie gegenwärtig in Venezuela oder in Iran –, wird dies häufig toleriert oder sogar begrüßt. «NZZ»-Redaktor Georg Häsl er teilte am 22. November 2025 auf einer ganzen Seite sogar Ratschläge unter dem Titel: «Operationsplan Venezuela: wie die USA das Maduro-Regime stürzen könnten». Unter anderem mit Lenkungswaffen und CIA-Unterwanderung.

Die «NZZ» ignoriert, dass das Einmischungsverbot auch gegenüber autoritären oder diktatorischen Regimes gilt.

Dieses Verbot der Uno-Charta gilt als wesentliche Voraussetzung, um den Weltfrieden zu erhalten.

Zudem waren sich die Gross- und Atommächte nach dem Zweiten Weltkrieg untereinander einig, dass sie ihre jeweiligen Machtbereiche mehr oder weniger respektierten.

So hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt stillschweigend eingewilligt, Osteuropa als Teil des sowjetischen Einflussbereichs zu akzeptieren. Grossmächte sollten keine feindlichen Aktivitäten in ihren Nachbarstaaten dulden müssen – schon gar nicht Russland nach zwei blutigen Weltkriegen.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über die Machtpolitik der beiden Grossmächte USA und Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg

Die Machtpolitik der Sowjetunion

Die Sowjetunion war nie eine Demokratie und kümmerte sich in ihrer Aussenpolitik erst recht nicht darum. Nach zwei verlustreichen und traumatisierenden Weltkriegen sicherte sich die Sowjetunion ab mit Nachbarstaaten, die es als Satelliten betrachtete und behandelte.

Sowohl nach dem Aufstand in Ungarn von 1956 wie auch nach dem russischen Einmarsch in die CSSR im Jahr 1968 hielten sich die USA zurück. Sie respektierten die sowjetische

Einflusssphäre. Ein militärisches Eingreifen, um die Freiheit der Tschechoslowaken oder der Ungarn zu verteidigen, war in den USA kein Thema.

Von 1979 bis 1989 versuchte die Sowjetunion, ihre Sicherheitszone mit einem militärischen Einmarsch im Nachbarstaat Afghanistan zu verteidigen.

In zwei Tschetschenienkriegen zwischen 1994 und 2000 sicherte sich Russland seinen Einfluss in dieser abtrünnigen Nachbarrepublik.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989 verlor Russland die Pufferstaaten in Osteuropa. Trotzdem reagierte Moskau auf die wortbrüchige Erweiterung der Nato in Richtung Osten lange mit Zusehen und begnügte sich mit mündlichem Protest.

Doch als der Westen auch noch der Ukraine eine Nato-Mitgliedschaft in Aussicht stellte und nach 2014 in diesem grossen Nachbarland Nato-Militärpersonal stationierte, erklärte Russland, es werde eine rote Linie überschritten. Insbesondere die Kontrolle des Schwarzen Meeres mit dem Militärstützpunkt auf der Krim betrachtete Russland als sicherheitsrelevant.

«NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer schrieb am 16. März 2024: «China und Russland fordern beide ein ‹Interventionsverbot für raumfremde Mächte›. Sie wollen in ihrer Einflusszone die Regeln bestimmen und andere Grossmächte fernhalten. Der Westen hingegen verlangt die Offenheit der Räume. [...] Er verfolgt damit letztlich eine offensive Geopolitik.»

Allerdings nur einseitig. In Lateinamerika akzeptieren die USA nach wie vor keine «Offenheit der Räume», sondern pochen auf ihre Sicherheitszone.

Die Machtpolitik der USA

Bereits seit zweihundert Jahren setzen die USA in ihrer eigenen Hemisphäre die Monroe-Doktrin durch. Nicht nur in Nachbarstaaten der USA, sondern auch in ganz Mittel- und Lateinamerika dulden die USA keine feindlichen Raketen oder Bündnisse. Das gilt bis heute.

Falls also Kuba, Mexiko oder selbst das weit entfernte Venezuela Russland oder China erlauben sollten, in ihrem Land Raketen zu stationieren, würden die USA eingreifen – auch völkerrechtswidrig.

Sogar ohne sich durch feindliche Raketen bedroht zu fühlen, bestrafen die USA in ihrem Hegemoniebereich andere Länder. Es reicht, wenn sie sich aus Sicht der USA sozialistisch gebärden und US-Konzernen keinen freien Zugang gewähren, wie beispielsweise Venezuela.

Gegen die antikapitalistische Diktatur Kuba verhängen die USA seit Jahrzehnten einen Wirtschaftsboykott, ohne dass Kuba die USA auch nur im Geringsten bedroht.

Deshalb verurteilt die Uno-Generalversammlung die US-Blockade jedes Jahr, im Jahr 2024 mit 187 gegen 2 Stimmen der USA und Israels. Diese Abstimmungen werden in grossen westlichen Medien kaum mehr erwähnt.

Um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss durchzusetzen, haben die USA selbst demokratisch gewählte Regierungen wie diejenige in Chile oder in Panama gestürzt und sie durch Militärdiktaturen ersetzt.

Den jüngsten militärischen Aufmarsch vor Venezuela kommentierte die «*NZZ*» so:
«*America first* hört nicht bei der Grenze der USA auf. Es ist eine kontinentale Strategie.»

Andererseits paktieren die USA mit schlimmen Diktaturen wie denjenigen in Saudi-Arabien oder in Ägypten.

Sogar in fremden Kontinenten verhelfen die USA zu «Regime Changes», wenn es darum geht, politische und wirtschaftliche Interesse der USA durchzusetzen. Dabei spielt es wiederum keine Rolle, ob die gestürzte Regierung demokratisch legitimiert war und die neue nicht. Beispiele waren der Sturz Mossadeghs 1953 in Iran, der Sturz Präsident Ngo Dinh Diems 1963 in Vietnam, der Sturz Präsident Kwame Nkrumahs 1966 in Ghana, die Unterstützung der fundamentalistischen Mudschaheddins 1979 bis 1989 in Afghanistan, die Einmischung 1996 in die russischen Präsidentschaftswahlen zugunsten Boris Jelzins, die Einmischung zugunsten eines Machtwechsels 2014 in der Ukraine.

Laut offizieller Version der US-Regierungen, von US-Think-Tanks und vieler Medien geht es stets um die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten.

«Taiwan und die Ukraine sind zurzeit die Frontstaaten im globalen Wettstreit zwischen Diktaturen und Demokratien, der die kommenden Jahre prägen wird.» («*Tages-Anzeiger*» 6.8.2025)

Doch bei den 44 Staaten, welche die USA seit Ende des Zweiten Weltkriegs direkt oder indirekt angegriffen haben, ging es fast immer um Macht- und Interessenpolitik.



Protest in Los Angeles gegen die aggressive Politik Präsident Putins. © [hannatv/Depositphotos](#)

Die Erzählung vom russischen Imperialismus

Russland will in den benachbarten Ländern Ukraine und Georgien keine Nato. Putin will und kann aber keinen Nato-Staat erobern.

Die Erzählung des «russischen Imperialismus», mit der man das enorme Aufrüsten Europas rechtfertigt, wird nur selten hinterfragt. Als Tamedia-Zeitungen am 13. November 2025 die als Rüstungslobbyistin bekannte deutsche FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann interviewten, waren die Fragen reine Bettvorleger:

«Welche Angriffe Russlands halten Sie für möglich?». Antwort Strack-Zimmermann:

«Man braucht Putin nur zuzuhören, um zu wissen, was er vorhat: Um das grosse russische Reich wiederherzustellen, gehören seiner Ansicht nach die Ukraine, Belarus, Moldau und Georgien dazu – aber ebenso die baltischen EU-Mitglieder Estland, Lettland und Litauen. Diese Länder sind schwerst bedroht.»

Nachfrage Tamedia: «Welche Szenarien halten Sie für realistisch?»

Antwort Strack-Zimmermann:

«Putin könnte beispielsweise versuchen, die lettische Hauptstadt Riga einzunehmen. Und dann erneut mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, sollten wir versuchen, Riga zurückzuholen.»

Um für das Aufrüsten zu trommeln, hätte es die Rüstungslobby nicht besser formulieren können.

Was ist Imperialismus?

Der Begriff stammt aus dem 19. Jahrhundert, als europäische Länder ihre Herrschaft mit Kolonien in andere Kontinente ausdehnten. Andere Länder und Völker werden militärisch und wirtschaftlich kontrolliert und abhängig gemacht. Meistens geht es um Rohstoffe und Märkte. Im Kalten Krieg strebten die USA und die Sowjetunion nach globalem Einfluss. Heute streiten sich insbesondere die USA und China darum.

Der Begriff wird auch polemisch benutzt, um das gegnerische Lager zu diskreditieren.

Als «Beweis» für den russischen Imperialismus und für die grosse Bedrohung Westeuropas dienen die russischen Interventionen auf der Krim und im Donbas.

Diese «Beweise» für Russlands Imperialismus würden sich in Luft auflösen, falls Putin mit seinem Krieg verhindern wollte,

- dass sich die Nato in der Ukraine festsetzt;
- dass eine aufgerüstete Ukraine den von Russland kontrollierten Teil des Donbas und allenfalls sogar die Krim militärisch einnehmen kann.

Die «Beweise» einer drohenden Gefahr klammern auch das reale Kräfteverhältnis zwischen Russland und der heutigen Nato geflissentlich aus.

Vielmehr pflückt man Zitate aus der russischen Kriegspropaganda einseitig heraus, um als Tatsache darzustellen, dass Putin die Absicht hege, die Gebiete der früheren Sowjetunion wieder unter seine Kontrolle zu bringen.

Ähnlich könnten Zitate US-Präsident Trumps und von dessen Entourage als «Beweis» dienen, dass er Grönland, Kanada, Panama und Venezuela militärisch angreifen wolle.

Medien stimmen in den Chor der Angstmacher ein

Die schlecht begründete Angstmacherei der Nato, der Rüstungslobby und der angehängten Think-Tanks schlägt ein. Tamedia-Auslandredaktor Christof Münger verbreitete im Juli: «Europa hat keine andere Wahl als aufzurüsten.» Nur «Schlafwandler» würden dies nicht einsehen. Denn die «imperialistischen Fantasien des Kremlführers sind gut dokumentiert».

Als Beleg diente Münger ein Zitat von Christian Dussey, Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes: «Russland will seinen Status als imperiale Grossmacht zurückerlangen.»

Münger konfrontierte Dussey nicht mit der Frage, weshalb ein imperialistischer Putin nicht schon längst Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan oder Turkmenistan erobert hat. Dort hätte er eine freiere Hand gehabt als in Nato-Staaten.

Auch fragte er nicht, warum Putin nach dem Staatsstreich von 2014 mit einem Einmarsch in die Ukraine zuwartete, bis die Ukraine im Jahr 2022 massiv aufgerüstet war.

Das ständige Wiederholen der imperialistischen Gefahr erhöht die Angst. Die Bevölkerung soll bereit sein und akzeptieren, dass ihre Regierungen und Parlamente Milliarden für die Rüstung ausgeben statt für das Sichern unserer Lebensgrundlagen.

Einige Beispiele aus der «NZZ» und Tamedia-Zeitungen:

«Siegt Putin in der Ukraine, sind die baltischen Staaten, Polen und die Republik Moldau als Nächstes bedroht», warnte Redaktor Markus Bernath am 3. März 2024 in der «NZZ am Sonntag». Was er mit einem «Sieg in der Ukraine» meint, blieb offen.

Am 8. Juni 2024 wiederholte «NZZ»-Auslandredaktor Andreas Rüesch: Der «gewalttätige Imperialismus» und die «genozidalen Absichten» Putins würden «an der Grenze der Ukraine nicht hält machen». Seine Propagandisten würden bereits diskutieren, «wer als Nächstes die Gnade der russischen Peitsche spüren soll – Polen, Litauen, Finnen, Moldauer, Kasachen». Mit dem «Virus des russischen Imperialismus» gebe es «nichts zu verhandeln».

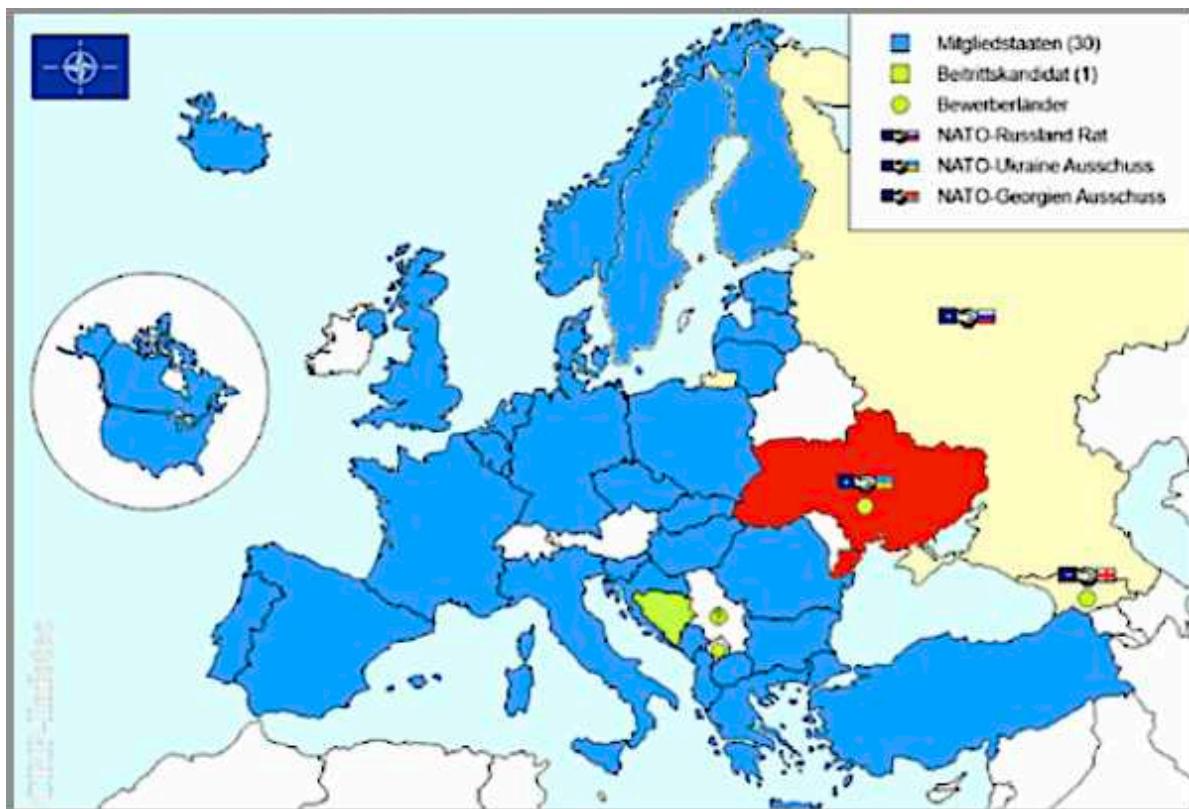
«NZZ»-Redaktor Georg Hässler verbreitete am 27. November 2024 als gesicherte Tatsache: «Längerfristig verfolgt Russland die Absicht, Deutschland aus der Nato herauszulösen.»

Markus Mäder, Chef der Schweizer Sicherheitspolitik, konnte am 8. Juni 2025 in der «Sonntags-Zeitung» verbreiten: «Putins Absicht und sein Potenzial führen zum Schluss, dass es gegen Ende dieses Jahrzehnts sehr gefährlich werden könnte.» Die «Sonntags-Zeitung» fragte ihn nicht nach Quellen und Argumenten für diese Behauptung.

Das Mantra des russischen Imperialismus setzte «NZZ»-Bundeskonsultantin Andrea Fopp am 2. September 2025 fort: «Putins Unterwerfungssehnsüchte enden nicht an der territorialen Grenze der Ukraine, Polens oder Litauens.»

Die Sicherheitszone Russlands verletzt

Eine diametral entgegengesetzte Analyse vertritt der linke US-Journalist Chris Hedges: «Die Nato ist das gefährlichste Militärbündnis der Welt». Es sei nachvollziehbar, dass Russland seine Sicherheit von der Einkreisung der Nato gefährdet sehe.



Blau = Nato-Mitglieder am 1.1.2025. Rot = Ukraine (ohne Krim). Gelb = Russland.

© Richter-Publizistik

Herfried Münkler, langjähriger Professor für Politikwissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität, pflichtete Hedges bei:

«Man kann feststellen, dass die Russen so etwas wie Einkreisungsängste haben. Solche Ängste haben bei der Entstehung von Kriegen schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Ein Mittel dagegen sind Pufferzonen. Sie dienen einer gewissen Stabilität und schaffen Flexibilität bei Verhandlungen zwischen Grossmächten.»

An diese und ähnliche Stimmen erinnern Politiker und grosse Medien nur selten. Es gab sie schon lange:

George F. Kennan, US-Diplomat mit Stationen in Moskau, Riga, Tallinn und Berlin und nachher Geschichtsprofessor an der Princeton University, warnte bereits 1997 – also noch bevor Polen, Tschechien und Ungarn in die Nato aufgenommen wurden:

«Eine Erweiterung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizt. [...] Die Russen sind wenig beeindruckt von den amerikanischen Versicherungen, eine Erweiterung der Nato finde ohne feindselige Absichten statt. Die Russen würden ihr Prestige (das in der russischen Meinung immer an erster Stelle steht) und ihre Sicherheitsinteressen als beeinträchtigt ansehen.»

Im Jahr 2008, als die Nato der Ukraine und Georgien eine Mitgliedschaft grundsätzlich in Aussicht stellte, warnte aus Moskau US-Botschafter William Burns seine Aussenministerin Condoleezza Rice im vertraulichen Memo «Nyet means Nyet: Russia's Nato Enlargement Redlines»: Die gesamte politische Klasse Russlands, nicht nur Putin, lehne eine Nato-Erweiterung strikt ab. Dieses Memo wurde nur bekannt, weil es Julian Assange geleakt hatte.

Peter Beinart, Associate Professor für Journalismus und Politikwissenschaften an der City University of New York, erklärte Anfang 2022: Nur wenn die USA auch die Einflusssphäre Russlands respektierten, sei garantiert, «dass der russische Einfluss die Ukraine nicht zerstört und Europa nicht in einen Krieg hineingezogen wird». Denn Einflusssphären von Grossmächten seien «rund um den Globus eine Realität» (siehe Infosperber vom 28.1.2022).

Unterdessen ist es geschehen: Russland zerstört die Ukraine, und Europa beteiligt sich an dem Krieg.

Nato-Generalsekretär: «Es war Putins Bedingung»

Der frühere Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg räumte im September 2023 in einer Rede vor EU-Ausschüssen ein, dass das unnachgiebige Drängen der USA, die Nato auf die Ukraine zu erweitern, die eigentliche Ursache des Krieges sei – und der Grund dafür, dass dieser Krieg bis heute andauert.

Die aufschlussreichen Aussagen Stoltenbergs:

«Präsident Putin erklärte im Herbst 2021, die Nato solle versprechen, sich nicht mehr zu erweitern. Er schickte dazu einen Vertragsentwurf. Es war seine Bedingung, um in die Ukraine nicht einzumarschieren. Natürlich haben wir das nicht unterschrieben. Er wollte, dass wir unsere militärische Infrastruktur in allen Bündnisstaaten entfernen, die der NATO seit 1997 beigetreten sind. Die Hälfte der NATO, also ganz Mittel- und Osteuropa, sollten militärisch eine Art B-Mitgliedschaft zweiter Klasse erhalten. Das haben wir abgelehnt. Also zog er in den Krieg, um die NATO an seinen Grenzen zu verhindern. Doch er hat genau das Gegenteil erreicht.»

The background was that President Putin declared in the autumn of 2021, and actually sent a draft treaty that they wanted NATO to sign, to promise no more NATO enlargement. That was what he sent us. And was a pre-condition to not invade Ukraine. Of course, we didn't sign that.

The opposite happened. He wanted us to sign that promise, never to enlarge NATO. He wanted us to remove our military infrastructure in all Allies that have joined NATO since 1997, meaning half of NATO, all the Central and Eastern Europe, we should remove NATO from that part of our Alliance, introducing some kind of B, or second-class membership. We rejected that.

So, he went to war to prevent NATO, more NATO, close to his borders. He has got the exact opposite.

Ausschnitt aus der Rede von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. © EU

Präsident Donald Trump erklärte am 7. Januar 2025 in Mar-a-Lago:

«Wissen Sie, ein grosser Teil des Problems war, dass Russland über viele, viele Jahre hinweg – lange vor Putin – sagte, dass die Nato niemals in die Ukraine involviert sein dürfe. Das war quasi in Stein gemeisselt. Und irgendwann meinte Biden: Nein, sie sollten der Nato beitreten können. Dann hat eben Russland jemanden direkt vor der Haustür. Ich konnte ihre Gefühle darüber verstehen. [...] Das hätte niemals passieren dürfen.»

Henry Kissinger, langjähriger US-Aussenminister, hatte schon lange vor einer verhängnisvollen Politik des Westens gewarnt. Um die Sicherheitsinteressen Russlands zu respektieren, schlug Kissinger am 5. März 2014, wenige Tage vor der völkerrechtswidrigen Sezession der Krim, in der Washington Post vor (wörtliche Übersetzung):

«Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten, eine Position, die ich 2007 vertrat, als dieses Thema das letzte Mal zur Sprache kam. [...] Es sollte der Ukraine freistehen, eine Regierung zu bilden, die mit dem ausdrücklichen Willen ihres Volkes vereinbar ist. Auf internationaler Ebene sollten sie eine Haltung einnehmen, die mit der Finlands vergleichbar ist. Dieses Land lässt keinen Zweifel an seiner starken Unabhängigkeit aufkommen und arbeitet in den meisten Bereichen mit dem Westen zusammen, vermeidet aber sorgfältig eine institutionelle Feindschaft gegenüber Russland.»

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder formulierte es im Oktober 2023 wie folgt:

«Mir ist klar, dass Russland sich bedroht fühlt. Schauen Sie: Die Türkei ist Nato-Mitglied. Es gibt Raketen, die direkt Moskau erreichen können. Die USA wollten die Nato an die russische Westgrenze bringen, mit der Ukraine als Neumitglied etwa. All das fühlte sich für die Russen als Bedrohung an [...] Egal, wer in Russland an der Macht ist, dort existiert die Überzeugung, dass der Westen sich mit der Nato weiter ausbreiten will, und zwar in den postsowjetischen Raum. Stichwort: Georgien und Ukraine.
Das wird niemand, der an der Spitze Russlands steht, zulassen. Diese Gefahrenanalyse mag emotional sein, aber sie ist in Russland real. [...] Trotzdem erachte ich Russlands Krieg als einen Fehler.»

«NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer zog in seinem Leitartikel vom 10. Mai 2025 eine Bilanz und stellte fest: «Es war klar, dass sich Moskau mit der Vergrösserung des (Nato-)Bündnisses nie abfinden würde.»

Ohne die Ausdehnung der Nato an die Grenzen Russlands wäre es wahrscheinlich nicht zum völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine gekommen. Der fürchterliche Krieg hätte nicht stattgefunden.

Für Putins Krieg gegen die Ukraine gibt es keine Entschuldigung

Es kann durchaus sein, dass es ohne Osterweiterung der Nato und ohne Absicht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen zu keinem Krieg gekommen wäre. Doch auch wenn sich Russland von der Nato eingeschnürt fühlte, war Russland existenziell nicht bedroht. Angegriffen wurde Russland schon gar nicht. Deshalb gibt es nichts, das den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigt.



Grossmächte versuchen, das internationale Machtspiel zu gewinnen und ihre Macht zu erhalten. © Iusla83/Depositphotos

Schachzug: Die Nato-Osterweiterung aus der Diskussion genommen

Die Nato- und Rüstungslobby tut alles, um die Nato-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands von der Diskussion auszuschliessen.

Ohne die Ausdehnung der Nato an die Grenzen Russlands wäre es wahrscheinlich nicht zum völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine gekommen. Der fürchterliche Krieg hätte nicht stattgefunden.

Diese Aussage ist den Nato-Militärs und den Atlantikern ein Dorn im Auge. Um nicht darüber zu reden, wird gebetsmühlenartig wiederholt, ein imperialistischer Putin wolle die ganze Ukraine besetzen und bedrohe Nato-Staaten.

Kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine versuchte US-Aussenministerin Hillary Clinton, die Osterweiterung sogar als einen Segen darzustellen: «Die Osterweiterung der Nato hat die baltischen Staaten und wahrscheinlich ganz Osteuropa vor Russland gerettet.» («New York Times», 28.3.2022)

Historikerin Anne Applebaum sekundierte wenige Tage später: «Das Erfolgreichste der US-Aussenpolitik der letzten dreissig Jahre war die Osterweiterung. Ohne sie würden wir jetzt in Ostdeutschland kämpfen.»

Doch bald wurde die Taktik verfolgt, die bereits realisierte und die geplante Osterweiterung der Nato mit Aufnahme der Ukraine und Georgiens aus der öffentlichen Diskussion zu entfernen.

Personen, welche die Osterweiterung als Provokation Russlands thematisieren, werden mundtot gemacht. Man diffamiert sie als «Sprachrohr Russlands». Sie würden einfach «Putins hältlose Propaganda wiederholen» (so etwa «NZZ»-Washington-Korrespondent Christian Weisflog am 24.8.2024).

Wer will schon etwas zu tun haben mit russischer Propaganda?

Seither haben Nato-Exponenten, US-Think-Tanks, Regierungen und viele Medien immer wieder folgende Darstellungen verbreitet, um von der Nato-Osterweiterung abzulenken:

- Jeder Staat habe das Recht, der Nato beizutreten.
- Putin habe Angst, dass eine demokratische Ukraine nach Russland ausstrahlen könnte.
- Der Imperialist Putin verfolge seit langem die Absicht, die verlorenen früheren Sowjetrepubliken zurückzuerobern.
- Falls die Ukraine auf die Krim verzichte und die östlichen Donbas-Republiken an die russische Föderation verriere, komme dies einer Einladung an Russland gleich, seinen Aggressionskrieg fortzusetzen.
- Die Sicherheit und Freiheit Europas hänge von einem Sieg der Ukraine ab.
- Die Nato sei ein friedliches Bündnis und habe keinerlei Absichten, Russland zu bedrohen.

Diejenigen, die diese Thesen verbreiten, verschweigen mehrere Punkte:

- Es gibt kein Recht, der Nato beizutreten. Für einen Beitritt braucht es die Zustimmung sämtlicher Nato-Staaten. Russland hatte nach 1989 mehrmals signalisiert, dass eine Nato-Mitgliedschaft eine Option sei. Ein Recht beizutreten hatte Russland nicht.
- Schon 2004 behauptete der damalige deutsche Verteidigungsminister, Deutschlands Sicherheit werde «auch am Hindukusch verteidigt». Damit rechtfertigte er den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Laut Bundeszentrale für politische Bildung war es der «verlustreichste und teuerste Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr». Seit 2022 wird die Sicherheit Europas angeblich in der Ukraine verteidigt. Damit soll das Aufrüsten gerechtfertigt werden.
- Es ist verständlich, dass sich Russland von der Nato bedroht fühlen kann: Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die USA mit der Nato oder anderen Verbündeten oder allein 44 Staaten direkt oder indirekt angegriffen.

«Russland muss eine eindeutige Niederlage erleiden»

Geopolitiker, denen es um die Vorherrschaft der USA geht, sehen den Angriff Russlands auf die Ukraine als unerhoffte Gelegenheit, den Einfluss Russlands auf der Weltbühne ein

für alle Mal auszuschalten. Einige westliche Militärs und Politiker erklärten bereits kurz nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine ganz offen, die Gelegenheit sei zu nutzen, um Russland total zu schwächen und als Grossmacht auszuschalten. Vorher dürfe der Krieg nicht beendet werden.

Im Mai 2024 schrieb «NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer, der «dämonische Zauber Putins» werde nur gebrochen, «wenn er eine unzweideutige Niederlage erleidet». Denn es handle sich um «ein Schaulaufen im grossen Konflikt der Systeme».

Estlands Verteidigungsminister Hanno Pevkur erklärte noch Ende 2024: «Wir müssen Moskau in eine Situation bringen, in der es nicht anders kann, als zu kapitulieren.» («NZZ» 19.11.2024)



Georg Häslér © SRF

«NZZ»-Redaktor Georg Häslér, im Nebenamt Miliz-Oberst der Schweizer Armee, hatte bereits kurz nach Ausbruch des Krieges eine «gesichtswahrende Lösung für Putin» abgelehnt. Nur «westeuropäische Bedenkenträger» würden eine gesichtswahrende Lösung zuweilen in Talkshows vorschlagen, meinte er verächtlich.

Solche Aussagen erlauben es wiederum Wladimir Putin, in seinem Land die Erzählung zu verbreiten, der Westen habe es auf Russland abgesehen. Es sei

ein Krieg der USA und der Nato gegen Russland. So kann Putin einen Teil der Bevölkerung hinter sich scharen. Joachim Käppner, Redaktor der «Süddeutschen Zeitung», kommentierte in den Tamedia Zeitungen: «Putins Propaganda schlachtet es zuverlässig aus, wenn westliche und speziell deutsche Politiker so klingen, als sei es ihr Plan, Russland eine vollständige Niederlage zuzufügen.»

Ein Weg zum Frieden

Krieg zählt zum Schlimmsten, was betroffenen Menschen passieren kann. In der Ukraine wurden bis heute über 100'000 Soldaten und Zivilisten getötet und doppelt so viele verletzt. Zurück bleiben traumatisierte und oft für den Rest ihres Lebens behinderte Männer, Frauen und Kinder. Fast sieben Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind ins Ausland geflohen oder ausgewandert. Russlands Militär beklagt mit geschätzten 250'000 noch deutlich mehr Tote und rund 700'000 Verletzte, die nicht mehr kämpfen können. Insgesamt rund eine Million russischer Soldaten sind umgekommen oder schwer verletzt.

Immer grössere Teile nicht nur der militärischen, sondern auch der zivilen Infrastruktur werden zerstört oder beschädigt.

Bereits kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatten namhafte Stimmen vorgeschlagen, dass die Bevölkerungen auf der Krim und im Donbas über ihre Zukunft selber abstimmen sollen – überwacht von der OSZE oder der Uno.

In Bosnien und Herzegowina hatte die OSZE 1997 dafür gesorgt, dass Gemeindewahlen trotz einer gehässigen Atmosphäre demokratisch durchgeführt werden konnten.

Das Selbstbestimmungsrecht ist ein wichtiger Teil des Völkerrechts.

Doch weder Selensky noch Regierungen im Westen wollten von Abstimmungen etwas wissen. Sie hätten riskiert, dass die Krim und die Ostgebiete der Ukraine sich mehrheitlich entweder für eine starke Autonomie oder für einen Anschluss an die Russische Föderation aussprechen würden.

Mit Abstimmungen wäre allerdings das erklärte Ziel verpasst worden, die Gelegenheit zu nutzen, Russland eine klare Niederlage zu bereiten.



Chinas Präsident Xi Jinping empfängt den russischen Präsidenten Wladimir Putin in China. © CNN

«Russland und China könnten den Westen gemeinsam angreifen»

Für mehr Rüstungsausgaben ist kein Szenario dramatisch genug. Wer Einwände erhebt, wird kaltgestellt. «NZZ» und Tamedia machen mit.

Der Brüsseler Korrespondent der Tamedia-Zeitungen berichtete am 4. Oktober 2024 von einer impliziten Verschwörung:

«Selbst wenn es keine explizite Verschwörung der Diktatoren gibt, sind die gemeinsamen Interessen offensichtlich, die Russland, den Iran und China miteinander verbinden.»

Viele seien überzeugt, dass «die Kriege Teil einer grossen globalen Offensive [sind], die eine russisch-iranisch-chinesische Achse der Diktatoren gegen den demokratischen, liberalen Westen begonnen hat».

In Tat und Wahrheit sind es die USA und ihre Verbündeten, die mit ihren Sanktionen diese ungleichen Staaten zur Zusammenarbeit treiben.

«Zwei Autokraten mit imperialen Ansprüchen»

In der «NZZ» vom 21. Juli 2025 zitierten Georg Häsler und Lukas Mäder Nato-Generalsekretär Mark Rutte unter dem Titel «Europa muss sich auf extreme Szenarien vorbereiten». Rutte habe «davor gewarnt, dass Russland und China den Westen gemeinsam angreifen könnten». Die «Achse Moskau-Peking» entwickle sich «in Richtung einer Allianz zweier Autokraten mit imperialen Ansprüchen».

Das «Extrem-Szenario» habe in den letzten Monaten an Wahrscheinlichkeit deutlich zugenommen: «Ein einziger globaler Krieg ist eine der möglichen Lageentwicklungen. [...] Es braucht das Eingeständnis, dass sich Europa bereits im Krieg mit Russland befindet – oder zumindest in einem offenen Konflikt.»

Putin hat uns längst den Krieg erklärt

Russland steht vor dem Durchbruch in der Ukraine. Die hybriden Angriffe nehmen zu. Die Nato sollte den Bündnisfall diskutieren – und die Schweiz ihre militärische Bereitschaft bereits bis 2028 erhöhen. Von Georg Häsler

© nzz

Am 5. August 2025 doppelte Georg Häsler nach und zwar unter dem Titel «Putin hat uns längst den Krieg erklärt»:

«Die Europäer müssen sich auf eine direkte Konfrontation mit Russland vorbereiten: kurzfristig, falls der Kreml den Schwung seiner Sommeroffensive (in der Ukraine) nutzt und die Souveränität Estlands oder Lettlands angreift. Mittelfristig, bis sich die USA ab 2027 militärisch wohl ganz auf den Pazifik konzentrieren.»

Putin könnte «seine Expansion beschleunigen mit einer hybriden, uneindeutigen Aktion im Baltikum, vielleicht schon in diesem Herbst». Die Verbündeten dürften «nicht erst dann handeln, wenn eine bewaffnete Gruppe analog der Krim-Annexion 2014 eine Ortschaft in Estland oder Lettland besetzt».

Und am 25. November 2025 ergänzte Häsler: «Der Westen als Ganzes steht vor einer existenziellen Belastungsprobe.»

Auch die Tamedia-Zeitungen schüren Angst vor einem Weltkrieg. Stefan Cornelius, notorischer Kriegswarner der «Süddeutschen Zeitung» und der Tamedia-Zeitungen, hatte am 8. Dezember 2023 in einem Frontkommentar der Tamedia-Zeitungen behauptet: «Der Aggressor hat nicht nur Kiew, sondern auch Washington zum Ziel seiner Zerstörungswut

erklärt.»

Heute ist Kornelius Sprecher der deutschen Bundesregierung.

Am 19. Januar 2025 titelten die Tamedia-Zeitungen: «Ranghohe Politiker und Militärvertreter warnen vor einem russischen Angriff auf Nato-Staaten.»

Andere Stimmen kamen nicht zu Wort.

«Die Zeichen stehen auf Krieg»: So lautete zwei Monate später der alarmierende Titel über einem Leitartikel von Georg Häsliger in der «NZZ». Er warnte: «Ein bewaffneter Konflikt in Europa ist in den nächsten Jahren ein leider wahrscheinliches Szenario geworden.»

Wer das Aufrüsten in Frage stellt, wird diffamiert

Es gilt die alte PR-Regel: Wer keine guten Argumente mehr hat, soll auf die gegnerische Person zielen und sie als unglaublich diffamieren.

Der frühere Schweizer Botschafter Günther Baechler, nach eigenen Angaben ein Friedensforscher, durfte in der «NZZ» vom 20. Mai 2025 unwidersprochen verbreiten: «Links-Grün weigert sich, überhaupt eine neue Bedrohungslage zu erkennen. Der linke und der rechte Rand würden unser Land im Ernstfall gleich einem Aggressor wie Putin wehrlos ausliefern.»

«Links-Grün» und der «rechte Rand» sind damit als Gesprächspartner disqualifiziert.

Baechler verschwieg, dass sich Boris Pistorius und seine SPD oder Joschka Fischer und seine Grünen an der Rüstungsspirale beteiligen.

Jacques Pitteloud, früherer Chef des Schweizer Nachrichtendienstes und heute Vertreter der Schweiz bei der Nato in Brüssel, diffamierte Bürgerinnen und Bürger, die an der traditionellen Schweizer Neutralitätspolitik festhalten möchten, als «Neutralitätsfetischisten» («NZZ» 28.3.2025).

Also kein Grund, mit ihnen sachlich zu diskutieren.

Georg Häsliger diffamierte Gegner des F-35-Kaufs als «Linke und vereinzelte Irrlichter» («NZZ» 24.6.2025).

Also braucht man sie nicht zu Wort kommen lassen.

«NZZ»-Chefökonom Peter A. Fischer diffamierte Kritiker der Aufrüstung als «friedliebende Heuchler und Trittbrettfahrer» (19.12.2023).

Auf solche braucht man nicht zu hören.

Den Sicherheitspolitikerinnen und -politikern in Bern wirft Georg Häsliger «Selbstäuschung» und «Verantwortungslosigkeit» vor («NZZ», 1.10.2025).

Tamedia-Zeitungen wiederum gaben Geschichtsprofessor Oliver Jens Schmitt in einem zweiseitigen «Interview» Gelegenheit, Andersdenkende zu verunglimpfen. Wer die Gefahr eines russischen Angriffs auf Nato-Staaten nicht sehe, sei ein «Realitätsverweigerer» und «Russland-Sympathisant»: «Historisch betrachtet lässt sich dies mit den Frontisten und anderen nazifreundlichen Kräften der 1930er Jahre vergleichen – nur ist heute das Bezugsland ein anderes.»

Kritische Einwände des «Tamedia»-Journalisten? Keine.

«Masslos übertrieben»

Als ein solcher «Realitätsverweigerer» äusserte sich für einmal «NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer. Am 14. Dezember 2024 stellte er fest:

«Warnungen, Putin werde sich nach der Ukraine dem Baltikum zuwenden, erscheinen als masslos übertrieben. [...] Russland ist stark genug, um ein wehrloses Nachbarland zu überfallen. Aber die Stärke genügt nicht für einen überlegenen Gegner oder für einen weiter entfernten Schauplatz.»

Das Tabu des atomaren Risikos

Falls es zu atomaren Vernichtungsschlägen kommen sollte, können weder Kampfpanzer noch Kampfjets ein Land schützen. Deshalb blasen einige Politiker zur atomaren Aufrüstung und zur besseren Verteilung von Atomwaffen.

Der britische Premierminister Keir Starmer gab im Juni 2025 «die grösste Aufrüstung seit Jahrzehnten» bekannt. Grossbritannien werde 17 Milliarden Franken in neue Atomwaffen investieren. Es gehe darum, «unsere Gebiete und alles, was uns lieb ist, zu verteidigen» («Tages-Anzeiger» 3.6.2025).

Ob die Briten einen Atomkrieg überleben würden, ist zweifelhaft. Wer über «taktische Atomwaffen» diskutiert, sollte wissen, was solche Bomben anrichten.

Atomar aufrüsten möchte auch Karl-Heinz Kamp von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: «In Europa sind zu wenig Atomwaffen stationiert», titelte die «NZZ» am 27. Januar 2025 über seinem Gastbeitrag. Als ob 15 in den Niederlanden stationierte Atombomben, 15 in Belgien, 35 in Italien, 15 in Deutschland und 20 in der Türkei sowie 120 einsatzbereite Atomsprengköpfe in Grossbritannien und 280 in Frankreich nicht mehr als genug wären, um Europa unbewohnbar zu machen. (Quelle Ican)

Entgegen den Nato-Russland-Grundsatz-Vereinbarungen von 1997 sollen Atomwaffen auch in den neuen Nato-Mitgliedsländern in Osteuropa einsatzfähig stationiert werden, forderte Kamp.

Polen habe bereits ein ernsthaftes Interesse angemeldet. Auch die F-35-Kampfjets, die Polen ab 2025 erhalten, «können nuklear zertifiziert werden, das heisst zum Transport von

Kernwaffen befähigt werden». Je breiter die Atomwaffen verteilt würden, «umso schwerer wäre es für Russland, all diese Ziele frühzeitig auszuschalten».

Schwierig wäre es schon heute. Denn die globale US-Militärpräsenz wächst ungebremst weiter.

Für die Bevölkerungen ist ein Atomkrieg allerdings keine Option.

Weder die Atommächte Frankreich und Grossbritannien und noch weniger die USA werden als Erste mit selbstmörderischen Atomwaffen angreifen. Darüber herrscht weitgehend Einigkeit.

Falls jedoch Russland mit konventionellen Waffen in die Enge getrieben wird oder falls die Ukraine die Halbinsel Krim mit dem russischen Flottenstützpunkt ernsthaft bedroht, besteht eine ernsthafte Gefahr, dass Russland zu Atomwaffen greift.

Eine neue Nukleardoktrin Russlands sieht den Einsatz von Atomwaffen vor, falls hinter einem konventionellen Angriff gegen Russland Länder stehen, die selber über Atomwaffen verfügen. Das möge ein Bluff sein, kommentierte Redaktor Markus Bernath am 24. November 2024 in der «NZZ am Sonntag» und fügte hinzu: «Eine Garantie gibt es nicht.»

«SZ»-Redaktor Joachim Käppner warnte in den Tamedia-Zeitungen: «Das Kriegsziel eines uneingeschränkten Sieges gegen Russland würde die Eskalationsgefahr vergrössern und eine bereits gefährlich angeschlagene Atommacht unnötig provozieren.»

Wegen dieses Risikos dürfe Putin den Krieg zwar nicht gewinnen, aber eben auch nicht verlieren, meinte auch Sicherheitsexperte und SVP-Politiker Albert A. Stahel gegenüber Infosperber. «Bei taktischen und operativ-taktischen Nuklearwaffen ist Russland eindeutig überlegen» und das sei «nicht zu unterschätzen.»

Ein Atomkrieg könne auch hybrid beginnen, warnte «NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer am 11. Oktober 2025: «Man kann unbeabsichtigt in eine Lage stolpern, in der es nur noch schlechte Optionen gibt. Geht man das Eskalationspotenzial Zug um Zug durch, ist ein Atomkrieg nicht mehr so unmöglich, wie es heute den Anschein hat.»



*Schlagzeile in der NZZ vom
13. Oktober 2022*

Das tönt anders als noch vor drei Jahren. Am 13. Oktober 2022 beruhigte die «NZZ» die Öffentlichkeit: «Putin wird kaum aufs Ganze gehen». (Siehe Infosperber vom 24. Oktober 2022: «Streit über das Risiko einer nuklearen Eskalation»)

Putin wurde damals zwar als unberechenbarer Aggressor hingestellt, aber dass er

In Bedrägnis zu Atomwaffen greifen werde, hielt die «NZZ» 2022 noch für ausgeschlossen.

«Wir werden Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen niemals akzeptieren», erklärten die Aussenminister der G-7-Staaten nach einem Treffen im November 2024 in Italien. Im Klartext: Solche Drohungen soll man nicht für bare Münze nehmen.

Nach einem atomaren Schlagabtausch wäre es allerdings ein denkbar schwacher Trost für die unzähligen Toten oder im Elend Versunkenen, dass Putin der Schuldige war.



Weht die russische Flagge bald in Warschau, in Vilnius oder sogar in Berlin und Bern? © [borjamj88/Depositphotos](#)

Die Russen können nicht einmal den ganzen Donbas einnehmen

Nach diesem Krieg ist Russland am Boden. Putin hat weder ein Interesse daran noch die Möglichkeit, einen Nato-Staat anzugreifen.

Mit dem ständigen Wiederholen erscheint die Bedrohungslage als real. Russland habe schon immer imperialistische Absichten gehabt. Diese Einschätzung freut die Rüstungskonzerne, deren Aktienkurse in die Höhe schnellen.

Weder Polen noch das Baltikum sind bedroht

Doch viele namhafte Stimmen sprechen Russland sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit ab, in absehbarer Zukunft einen baltischen Staat oder Polen anzugreifen und zu besetzen.

Jakub Janovsky, dessen Militärplattform Oryx die Verluste im Ukraine-Krieg akribisch dokumentiert, erklärte am 16. November 2024 in der NZZ: «Unsere Daten zeigen klar auf, wie veraltet die Ausrüstung insbesondere auf der russischen Seite ist. Sie könnte teilweise direkt aus dem Museum stammen. Weit über die Hälfte des Materials, das Russland in der Ukraine verliert, stammt noch aus sowjetischen Zeiten.» Zur verbreiteten Angst, Russland werde in einen der baltischen Staaten einmarschieren, erklärte Stephen Wertheim von der Denkfabrik Carnegie Endowment for International Peace: «Russland war nicht in der Lage, die Ukraine zu erobern. Wieso sollte der Kreml dann einen Nato-Staat überrennen wollen?» («NZZ» 9.11.2024)

Bereits ein halbes Jahr nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hatte «NZZ»-Chefredaktor Erich Gujer festgestellt, die russische Armee entpuppe sich als «Scheinriese». In einem konventionellen Schlagabtausch sei Russland «keine Bedrohung für die Nato».

Samstag, 27. August 2022 · Nr. 199 · 243. Jg.

Putin hat verloren

Zu Beginn des Krieges überschätzte der Westen Russland massiv. Se

«NZZ»-Titelseite vom 27. August 2022

Westliche Beobachter seien davon ausgegangen, dass die Armee nach postsowjetischem Zerfall umfassend modernisiert worden sei: «Welch ein Irrtum.» Es fehle «an vielem, was den zeitgenössischen High-Tech-Krieg ausmacht», darunter «Präzisionswaffen, multisensorische Aufklärung und genaue Zielerfassung». Die meisten Panzerfahrzeuge würden «auf Entwicklungen aus den siebziger Jahren» basieren und seien «gegen Projektilen der ukrainischen Infanterie unzureichend geschützt». Flugzeuge der fünften Generation – wie der amerikanische F-35 – hätten in Russland «die Serienproduktion noch nicht erreicht».

Die Nato verfügt über doppelt so viele aktive Soldaten wie Russland und gibt – kaufkraftbereinigt – fast fünfzig Prozent mehr Geld fürs Militär aus als Russland.

Russland kann nicht einmal den ganzen Donbas unter seine Kontrolle bringen

Fast vier lange Jahre nach dem Einmarsch in die Ukraine konnte das russische Militär nicht einmal den ganzen Donbas unter seine Kontrolle bringen. Der Krieg hat einen grossen Teil der russischen Armee zerstört. Sie verlor weit über tausend Kampfjets und Panzer sowie einen grossen Teil ihrer besten Soldaten.

Die Kriegswirtschaft ist für Russland ruinös. Nato-Generalsekretär Mark Rutte sprach bereits im Oktober 2024 von 600'000 Toten und Verletzten, während Kiew die Zahl im November 2024 auf über 716'000 schätzte. Das hinterlässt in der russischen Gesellschaft tiefe Wunden. Unterdessen dürften eine Million russischer Soldaten umgekommen oder schwer verletzt sein.

Die Russland-Spezialisten Thomas Lattanzio und Harry Stevens schrieben am 5. August 2024 in einem «NZZ»-Gastkommentar: «Insgesamt zeigen die verfügbaren Zahlen die enorme Belastung, die der Krieg in der Ukraine für Russland bedeuten wird, wenn die Waffen ruhen. Die Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen, das Versorgen körperlich verwundeter Soldaten und die Unterstützung ihrer Familien werden in den kommenden Jahrzehnten einen wichtigen Haushaltsposten darstellen und könnten zu einer politischen Schwachstelle für den Kreml werden, wenn er die Erwartungen der Veteranen und ihrer Familien nicht zu befriedigen vermag.»

Der ungarische Politikwissenschaftler Janos I. Szirtes bestätigte am 12. August 2025 die Einschätzung der «NZZ» vom Vorjahr:

«Militärisch kommen die Russen in der Ukraine trotz Vorteilen und Übergewichten nicht erwartungsgemäss voran. Die Ideologie und Propaganda von der bärenstarken, unbesiegbaren russischen Armee ist widerlegt. Putin vermag seit über drei Jahren die nach allen Kriterien kleinere Ukraine nicht zu bezwingen. Wie soll er es dann mit dem Nordatlantikpakt aufnehmen, der 32 Länder umfasst?»

Die unablässigen Sorgen und Bedenken, Europa sei auf einen möglichen russischen Angriff nicht vorbereitet und deshalb unterlegen, gehen an den wirtschaftlichen und militärischen Wirklichkeiten vorbei. Das EU-BIP ist 2024 achtmal so gross wie jenes von Russland. Die Länder der EU geben doppelt so viel für die Verteidigung aus wie Russland. [...] Die mobilisierbaren Kräfte sind dreieinhalb Mal so gross wie jene Russlands. Mit Ausnahme von Atomwaffen hat die EU gegenwärtig ein Übergewicht an Militärgerät: zweifach bei den Flugzeugen, dreifach bei Panzern. [...] Für einen erfolgreichen konventionellen Angriff wird geschätzt, dass der Angreifer mindestens ein dreifaches Übergewicht haben muss, über das Russland nicht verfügt. Ein militärischer Überfall auf die Nato wäre für Russland schon jetzt Selbstmord.»

Fest steht: Nach diesem Krieg wird es viele Jahre dauern, bis die russische Armee und die massiv sanktionierte russische Wirtschaft auch nur das Level erreichen können wie vor dem Krieg. Und dann wäre Russland noch längst nicht in der Lage, die Nato anzugreifen.

Auch die behauptete Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung hat ihre Grenzen. Um einen konventionellen Krieg zu führen, braucht es nicht nur militärische Kampfkraft, sondern auch eine genügend starke Wirtschaft und die Unterstützung der Bevölkerung.

Selbst mit allen Propaganda-Tricks würden es der Putin-Clan, Patriarch Kyrill und die Staatsmedien nicht schaffen, den Russinnen und Russen weiszumachen, dass auch Polen, die baltischen Staaten oder Finnland zur russischen Identität gehören.

Der britische Historiker Richard Evans, der eine Trilogie über das «Dritte Reich» publizierte, zieht Bilanz: «Ich glaube nicht, dass Putin plant, Europa anzugreifen. Bisher hat er nicht einmal die Ukraine erobert. Er ist ja nicht komplett wahnsinnig und sich bewusst, dass ein Angriff auf die Nato sehr schlecht für ihn wäre.» («NZZ am Sonntag», 19.10.2025)

Kein Interesse, ein Nato-Land zu besetzen

Fazit: Es ist zwar nachvollziehbar, dass die Polen, Finnen und Balten aus historischer Erfahrung vor Russland Angst haben – wie Russland Angst vor Deutschland hat. Aber die Fakten sprechen dagegen, dass Russland für diese heutigen Nato-Staaten eine Gefahr darstellt. Russland ist auf lange Zeit geschwächt und hat weder die Fähigkeit noch ein Interesse, einen Staat gegen den Widerstand der ganzen Bevölkerung militärisch zu besetzen.

Auf der Krim und im Donbas waren die Voraussetzungen anders: Dort wollte sich die Mehrheit der Bevölkerung lieber der Russischen Föderation anschliessen, als ohne Autonomie-Rechte bei der Ukraine zu bleiben.



Waffenmesse in London, September 2025 © DSEI UK

Die Angstmacherei des militärisch-industriellen Komplexes

Es locken lukrative Milliardengeschäfte. Zu den Profiteuren gehören neben der Rüstungsindustrie auch viele Investoren.

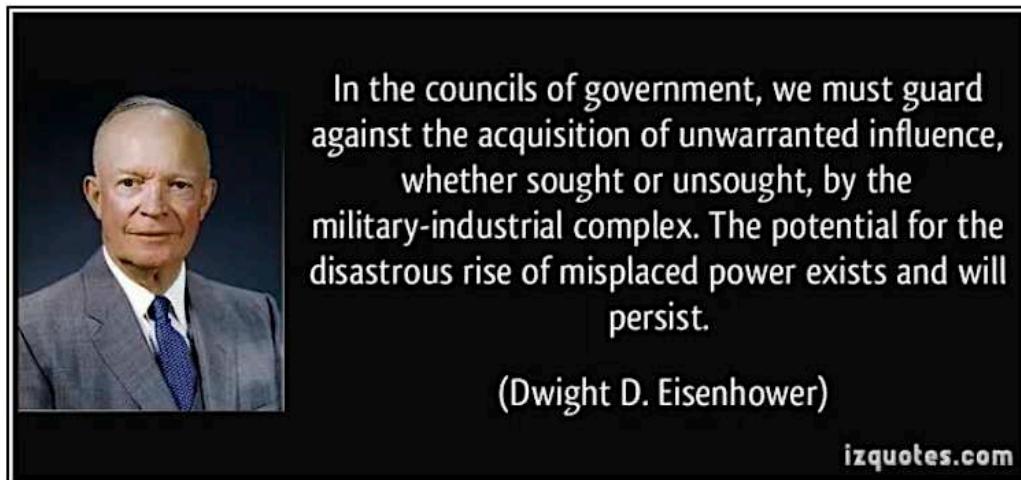
Seit Russland die Ukraine angriff, sind Aktionäre von Rüstungskonzernen reich geworden. Für eine Aktie des Konzerns Rheinmetall zahlte man im Februar 2022 noch 101 Euro. Ende Oktober 2025 konnte man sie für 1697 Euro verkaufen: Eine Wertsteigerung um das Sechzehnfache. Die Börsenkurse anderer Rüstungskonzerne wie BAE System, Rolls-Royce oder GE Aerospace sind um 50 bis 100 Prozent gestiegen.

Die diesjährige Waffenmesse DSEI in London ging am 12. September 2025 zu Ende. Über 1700 Unternehmen aus über 70 Ländern hatten ihre Rüstungsgüter ausgestellt – davon 109 aus Deutschland und 14 aus der Schweiz. Reuters schrieb: «Die Angst vor einem globalen Krieg ist gut für das Geschäft.»

Rüstungskonzerne sind die Profiteure von Kriegen. Deshalb finanzieren sie Think-Tanks mit unverfänglichen Namen. Sie malen Feindbilder an die Wand, verbreiten Ängste und übertreiben die militärische Kapazität von Gegnern. Think-Tanks, die vom militärisch-

industriellen Komplex mitfinanziert sind, versorgen Nachrichtenagenturen und grosse Medien mit entsprechenden Informationen. (Siehe auch Infosperber vom 9.7.2023.)

Bereits im Jahr 1961 hatte Präsident Dwight D. Eisenhower vor dem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes gewarnt. Heute ist sein Einfluss noch ungleich grösser.



Präsident Dwight D. Eisenhower am 17. Januar 1961 über die Gefahr, die vom militärisch-industriellen Komplex ausgeht. Während des 2. Weltkriegs war er als General ein Supreme Commander für Europa. © izquotes

27'000 PR-Berater polieren Image der USA

Vor fünfzehn Jahren beklagte Tom Curley, Chefredaktor der Nachrichtenagentur AP, den immensen Einfluss des US-Verteidigungsministeriums auf seine Journalisten. Nachdem ihm der Kragen geplatzt war, enthüllte er schier unglaubliche Fakten über die PR-Arbeit des Pentagons.

Rüstungsunternehmen und Finanzinstitute profitieren

Von Aufrüstung und Kriegen profitieren börsenkotierte Unternehmen wie GE-Aerospace, Boeing, General Dynamics, Northrop Grumman, Lockheed Martin und RTX (ehemals Raytheon Technologies). Sie produzieren Raketen, Bomben, Panzer, Flugzeuge, Munition, Schiffe, Radarsysteme.

Ein Profiteur, der keine Waffen entwickelt, aber Software für Überwachung und Spionage, ist der Konzern Palantir. Zu dessen Besitzern gehören die Milliardäre Peter Thiel und Alex Karp. Die Konflikte in Europa und im Nahen Osten würden dem Unternehmen zu «Chancen» verhelfen, freute sich der Palantir-Technologiechef Shyam Sankar.

Ausser den Rüstungsunternehmen und Palantir profitiert vom Aufrüsten auch die Finanzindustrie. Banken, Hedgefunds und viele Pensionskassen haben in Rüstungskonzerne und in Palantir direkt oder indirekt viel Geld investiert. Einige Finanzinstitute haben sogar einen Fonds lanciert, der das Geld ausschliesslich in Aktien von Waffenkonzernen anlegt.

Portfoliomanager der UBS dürfen Aktien von Panzerproduzenten, Lenkwaffen- und Handgranatenherstellern sogar in ihre «Nachhaltigkeitsprodukte» aufnehmen.

Damit ist die Finanzindustrie daran interessiert, dass aufgerüstet wird und die Rüstungskonzerne florieren. Auch sie profitiert von Kriegseinsätzen und nicht von Verhandlungskompromissen oder von Abrüstung.

Von der kleinen Schweiz bis zum Pentagon

Sogar bei der Armee der kleinen, neutralen Schweiz und ihrem Departement für Verteidigung VBS gibt es über 95 Vollzeit-Stellen, welche Medien und Öffentlichkeit mit Informationen in ihrem Sinn versorgen. Zum Verbreiten der VBS-Sicht stehen jedes Jahr 26 Millionen Franken zur Verfügung. Das VBS produziert Beiträge für unzählige Kanäle und Publikationen. Ausserdem beschäftigt es «Influencerinnen». Das VBS rechtfertigte sich gegenüber der «NZZ»: «Die intensive Bearbeitung von Tiktok, Youtube und Co. sehen wir als eine Art ‹digitale geistige Landesverteidigung›.»

In den USA sind es ungleich grössere Player, die aufrüstungsfreundliche Narrative an die Adresse der Politik und der Medien verbreiten:

- das Pentagon mit seinem «Kriegsministerium»
- die vielen grossen Industriekonzerne, die sich an der Waffenproduktion beteiligen
- Superreiche, die viel Geld in Rüstungskonzerne und Palantir investiert haben
- zahlreiche von der Rüstungslobby mitfinanzierte Think-Tanks und Stiftungen.

Aktuell steht die Erzählung im Vordergrund, Putins Russland hege imperialistische Absichten und wolle das alte Sowjetreich wiederherstellen. Die russische Annexion der Krim und der Krieg um den Donbas seien der Beweis dafür. Schon in wenigen Jahren sei Russland in der Lage, Nato-Staaten anzugreifen – sofern der Westen nicht massiv aufrüste.

Es gilt eine alte PR-Regel: Man muss eine Behauptung über längere Zeit x-mal wiederholen. Dann wird sie als Wahrheit empfunden. Dieses Ziel wird umso leichter erreicht, wenn es sich um einen autoritären Machthaber wie Putin handelt. Storys über dessen Gebaren und Willkür tragen dazu bei, die Angst vor einem russischen Angriff als realistisch wahrzunehmen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen

In westlichen Demokratien muss die Bevölkerung für zusätzliche Rüstungsmilliarden gewonnen werden. Dazu braucht es Medien, welche die Darstellungen des Militärs und der Rüstungslobbys mit der nötigen Emotionalität verbreiten.

Beispielsweise warnte «NZZ»-Auslandredaktor Andreas Rüesch in seinem Leitartikel vom 8. Juni 2024: Der «gewalttätige Imperialismus» und die «genozidalen Absichten» Putins würden «an der Grenze der Ukraine nicht hältmachen». Seine Propagandisten würden bereits diskutieren, «wer als Nächstes die Gnade der russischen Peitsche spüren soll –

Polen, Litauen, Finnen, Moldauer, Kasachen». Mit dem «Virus des russischen Imperialismus» gebe es «nichts zu verhandeln».

Am 30. November 2024 verbreitete Rüesch: «Der Kreml wird sein Ziel nicht aufgeben, Europa ... zu beherrschen.»

In einem ganzseitigen Interview in der «NZZ am Sonntag» vom 27. April 2025 konnte Ukraines Ex-Aussenminister Dmitro behaupten: «Wenn die Ukraine diesen Krieg verliert, kommt der Krieg auf das Gebiet der EU. Das ist einfach logisch. Warum sollte Putin aufhören?»

Einfach logisch? Man könnte einwenden, dass während der 15 Jahre vor dem Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 noch niemand Putin vorgeworfen hatte, er habe imperiale Absichten. Und warum eroberte ein seit jeher imperialistischer Putin nicht schon längst Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan oder Turkmenistan? Dort hätte er es einfacher als gegen die Nato.

Eine Aufklärung darüber, wie wahrscheinlich ein russischer Angriff auf einen Nato-Staat tatsächlich ist, hat Seltenheit. Ebenso eine Analyse, wie wahrscheinlich andere existenzielle Risiken sind.

Unsummen für Aufrüstung fehlen anderswo

Mit seinen PR-Strategen und «Think-Tanks» verbreitet der militärisch-industrielle Komplex möglichst grosse Angst, damit die Bevölkerungen es akzeptieren, dass Regierungen und Parlamente Unsummen in die Aufrüstung stecken. Diese Gelder und Ressourcen fehlen dann, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu schützen, um den Wohlstand und das soziale Netz zu sichern und die Armut und damit die Immigration zu bekämpfen. Zudem wird ein überbordender Schuldenberg angehäuft, der eine Weltwirtschaftskrise wahrscheinlich macht.

Vor lauter Kampfjets, Panzern und der Aufstockung der Armee fehlen genügend Mittel, um Angriffen auf die Infrastruktur vorzubeugen und um Drohnen und Cyberangriffe abzuwehren.

«Mit der Fixierung auf die Armee nimmt sich das Parlament auf Jahre hinaus jeden finanziellen Handlungsspielraum», stellte Kolumnist Philipp Loser im «Magazin» vom 13. Juli 2024 fest.

Doch Militärs und Rüstungslobby wägen existenzielle Risiken nicht miteinander ab. Solange die Kassen klingeln und die Aktienkurse steigen, ist ihnen jedes Bedrohungsszenario recht – egal, wie wenig realistisch es auch sein mag.

Das Aufrüsten sei sogar «alternativlos», durfte Historiker Andreas Rödder in einem «NZZ»-Interview am 17. Januar 2025 ohne Widerrede behaupten: «Es ist eine schwierige Herausforderung, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken und bei den Sozialsystemen einzusparen. Aber es gibt dazu keine Alternative, wenn die westlichen Gesellschaften überleben wollen.»

Medien versagen als vierte Gewalt

Kritische Analysen der tatsächlichen Absichten, Interessen, Risiken und Kräfteverhältnisse muss man in grossen Medien mit der Lupe suchen. Ihre Rolle als Vierte Gewalt übernehmen diese Medien nicht. Wenn sie kritisch sind, dann fast nur in eine Richtung: Weshalb wird nicht noch schneller aufgerüstet? Weshalb werden der Ukraine nicht viel schneller noch potenter Waffen geliefert?

Beispiele:

Georg Hässler warf Präsident Joe Biden und Bundeskanzler Scholz vor, sie würden «zu zögerlich» agieren und damit «den Kreml zum Krieg animieren». («NZZ» 27.11.2024)

«Die Rekordausgaben der Nato reichen längst noch nicht.» So lautete der Titel in der «NZZ» vom 26. April 2025.

Auch die Rüstungsausgaben der Schweiz gehen der «NZZ» zu wenig weit. Redaktor Peter A. Fischer am 8. November 2024, ebenfalls auf der Titelseite: «Während die europäischen Natoländer ihre Verteidigungsausgaben auf 3 bis 5 Prozent ihres BIP erhöhen, diskutiert die Schweiz darüber, in wie vielen Jahren sie ein einziges Prozent ausgeben könnte.»

Das «einige Prozent» verrät die unsachliche Stimmungsmache. Die Schweizer Milizarmee kann man nicht mit Berufsarmeen vergleichen, wie es Fischer und die Militärlobby gerne tun. Die Schweiz gibt schon längst mehr als 1 Prozent des BIP für die Verteidigung aus.

«Die Zeichen stehen auf Krieg»

An manchen Redaktionen kann der militärisch-industrielle Komplex seine helle Freude haben. Sie verbreiten Kriegsängste und pflegen das populäre Schema der Guten gegen die Bösen.

Am 15. März 2025 erschreckte die «NZZ» ihre Leserschaft mit der Schlagzeile: «Die Zeichen stehen auf Krieg». Die Schweiz müsse aufrüsten, weil «ein bewaffneter Konflikt in Europa in den nächsten Jahren ein leider wahrscheinliches Szenario» sei.



«Ein wahrscheinliches Szenario» © nzz

Zu Wort kommen viele Experten, die der Nato zugewandt sind. Beispielsweise Thomas Rothacher, stellvertretender Rüstungschef des Bundesamts für Rüstung Armasuisse. Originalton in der «NZZ» vom 3. Juni 2025: «Alle Zeichen stehen auf Sturm. [...] Wer wird uns helfen, wenn wir das Ziel weitreichender, ballistischer Raketen wären?»

Die Antwort darauf ist einfach: Sicher nicht Kampfflugzeuge und Kampfpanzer.



Das Kampfflugzeug F-35 soll die Schweiz gegen Angriffe aus Russland verteidigen. © SRF

Gegen Russland sind Kampfjets und Kampfpanzer nutzlos

Die Schweiz geht von einer «neuen Sicherheitslage» und dem Risiko aus, dass es in Westeuropa zu einem konventionellen Krieg kommt.

Es sind sich alle einig: Falls es zu einer atomaren Auseinandersetzung kommt, kann sich die Schweiz nicht wehren. Gegen Atomwaffen nützt das ganze Aufrüsten nichts.

Militärs und Rüstungslobby warnen jedoch vor einem konventionellen Krieg in Westeuropa: «Ein mechanisierter Angriff auf die Schweiz wäre absolut verheerend», schreibt die Offiziersgesellschaft.

Doch dieses Szenario ist extrem unwahrscheinlich. Russische Panzer müssten zuerst Nato-Staaten durchqueren, bevor sie die Schweiz erreichen.

«Plötzlich wären russische Panzer in unmittelbarer Nähe der Schweizer Grenze»



«NZZ»-Militärredaktor Georg Häslér – im Nebenamt Miliz-Oberst der Schweizer Armee – sieht es neustens anders: Ungarn und Slowakei könnten die Nato verlassen: «Wechseln Ungarn und die Slowakei das geopolitische Lager, öffnet sich östlich der Landesgrenze der praktisch ungeschützte Tirol-Korridor.» («NZZ» 15.3.2025)

Georg Häslér © SRF

Noch im Sommer 2023 hatte Häslér diese Gefahr weit von sich gewiesen: «Ein mechanisierter Stoss der russischen Armee Richtung Westen ist auch mit Blick auf die gegenwärtige Lage schlicht nicht möglich. Ausserdem fehlt im Kreml die Absicht, den ganzen Kontinent mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen. Die hybriden Methoden sind effizienter.»

Laut Häslér steht also ein hybrider Krieg bevor. Dafür sind Kampfpanzer und Kampfflugzeuge denkbar ungeeignet.

Das sah auch SP-Vizepräsident Jon Pult so: «Die Forderung nach Aufrüstung konnte man bei Kriegsausbruch als Panikreaktion noch verstehen. Aber schon heute fragen sich nicht nur SP-Wähler: Was soll das? Der Krieg hat klar gezeigt, dass wir in der Schweiz militärisch so sicher sind wie selten zuvor, zumindest was die Bedrohung durch konventionelle Waffen angeht. Wenn Putins Panzer nicht einmal Kiew einnehmen können, wie sollen sie bis zum Bodensee kommen?»

Selbst Florence Gaub vom Nato Defence College in Rom, die ausdrücklich «unwahrscheinliche Szenarien» studiert, hält einen «klassischen Einmarsch in ein Nato-Land für wenig wahrscheinlich». («NZZ» 5.8.2025)

Martin Dahinden, früherer Schweizer Botschafter in Washington und Dozent für Sicherheitspolitik an der Universität Zürich, stimmt zu: «Terrestrische Angriffe auf die Schweiz mit mechanisierten und infanteristischen Verbänden sind ein unwahrscheinliches Szenario. Die Armee der Zukunft muss sich auf ein hybrides Konfliktbild ausrichten mit Formen der Cyber-Kriegsführung, Terror- und Sabotageakten, dem Einsatz von Drohnen, der militärischen Nutzung künstlicher Intelligenz.» (Gastbeitrag «NZZ» 3.4.2024)

Dass Krauss-Maffei-Vorstandschef Frank Haun an seinen ehrgeizigen Umsatzzieilen festhält, ist verständlich: «Unser Ziel ist, ab 2027 jährlich 500 gepanzerte Fahrzeuge ausliefern zu können.» («NZZ» 14.12.2024) Der Rüstungskonzern lobbyiert kräftig dafür.

Bundesrat Pfister: Mit dem Unvorstellbaren rechnen

Wenigstens längerfristig sei mit dem heute Unvorstellbaren zu rechnen, meinte Verteidigungsminister Bundesrat Martin Pfister: «Im Moment müssen wir nicht damit rechnen, dass Panzer am Rhein auffahren, aber die Armee muss auch für diese Szenarien bereit sein.» («NZZ 1.3.2025)

«Im Moment» unwahrscheinliche Szenarien, auf die sich die Schweiz vorbereiten könnte, gäbe es noch andere: beispielsweise Angriffe aus dem aufgerüsteten Weltall oder Angriffe mit Bakterien und Viren. Oder Angriffe mit ballistischen Raketen.

Mit solchen und anderen «im Moment unwahrscheinlichen» Szenarien kann man die Militarisierung des ganzen Landes rechtfertigen.

Angriff mit ballistischen Raketen

Weil russische Kampfjets und Panzer an der Schweizer Grenze kaum anzutreffen sein werden, müssen andere Szenarien herhalten, um das Aufrüsten zu rechtfertigen. Ein konkretes Szenario nannte Georg Häslер am 8. August 2025 in der «NZZ»: «Ein Treffer einer ballistischen Rakete auf eine zentrale Schaltanlage des europäischen Stromnetzes auf Schweizer Boden reicht Russland, um eine Strommangellage in Deutschland auszulösen. [...] Die Schweiz braucht ein Minimum an Luftverteidigung.» Konkret nannte Häsler einen Knotenpunkt der Stromversorgung oder die Besetzung eines Eisenbahnknotenpunkts durch eine bewaffnete Gruppe. («NZZ» 29.7.2023)

Die neuen Kampfjets F-35 sind allerdings wenig hilfreich, um solche ballistischen Raketen abzuwehren – und Kampfpanzer sind es noch viel weniger.

Die Nato-Staaten werden aus eigenem Interesse verhindern, dass Russland Schaltanlagen des europäischen Stromnetzes in der Schweiz und anderswo in Europa zerstören kann. Dazu dient das Raketenabwehrsystem Sky Shield. Die Schweiz beteiligt sich daran.

Die von der Schweiz bestellten Patriot-Systeme können Raketenangriffe wenigstens mit Reichweiten bis zu rund 100 Kilometern und Höhen bis rund 30 Kilometern abwehren.

Kritische Stimmen zum Nutzen der F-35

«NZZ»-Redaktorin Christina Neuhaus am 14. August 2025: «Der F-35 kann unerkannt in feindliches Gebiet eindringen und Erstschläge ausführen. Aber welche Ziele greift ein neutrales Land an?»

Georg Häsler in der «NZZ» vom 19. Mai 2025: «Der F-35 ist ein fliegendes Rechenzentrum. Die Europäer werden deshalb weiterhin auf amerikanische Technologie angewiesen sein.» Und am 12. März 2025: «Wenn die US-Regierung den Einsatz amerikanischer Waffen sabotieren möchte, kann sie das tun.»

Michael Schöllhorn, CEO des Rüstungskonzerns Airbus Defense and Space in der «NZZ am Sonntag» vom 2. März 2025: «Wenn die Amerikaner nicht wollen, dass die Dänen mit ihren F-35-Jets Grönland verteidigen, dann fliegen sie auch nicht dorthin.»

Politikwissenschaftler Michael Hermann in der «NZZ am Sonntag» vom 23. März 2025: «Es ist nicht nur die risikoreiche Abhängigkeit vom Produktionsland, die den Wert von Tarnkappen-Kampfjets infrage stellt. Sie sind womöglich auch so etwas wie die – überaus teure – Kavallerie des Drohnenzeitalters. [...] Die immensen bereits aufgewendeten Kosten halten uns davor zurück, rechtzeitig den Pfad der Dinosaurier zu verlassen.»

Und Elon Musk meinte: «Nur Idioten bauen den bemannten F-35-Kampfflieger.»

Fokussierung auf reale Bedrohungen

Der Strategieexperte und frühere ETH-Dozent Mauro Mantovani erklärte: «Russland stellt die einzige Bedrohung dar. Doch könnte Russland mit seinen Panzern gar nicht bis nach Mitteleuropa vorstossen. [...] Ein imperialistisches Russland müsste 1500 Kilometer Nato-Bündnisgebiet durchqueren, ohne dass dabei die Schwelle zum Nuklearkrieg überschritten wird.» («NZZ am Sonntag» 18.5.2025)

In einer Replik meinten drei Bataillonskommandanten am 8. Juni: «Eine Armee ohne Kampfpanzer funktioniert nicht. Punkt.»

«Punkt» ist ein wenig überzeugendes Argument.

Jens Stoltenberg, bis 2025 Generalsekretär der Nato, beschrieb die militärische Zukunft wie folgt: «Die Verschmelzung von künstlicher Intelligenz, Drohnentechnologie und unbemannten Systemen bedeutet einen ähnlichen Quantensprung wie seinerseits die industrielle Revolution.»

«NZZ»-Auslandredaktor Werner J. Marti hatte am 17. März 2025 festgestellt: «Gepanzerte Fahrzeuge sind den (glasfasergesteuerten) Drohnen weitgehend ausgeliefert, da diese ihre Ladungen präzise an ungeschützten Stellen der Panzerung zur Explosion bringen können.»

Dazu kommt das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Einer der neusten Kampfpanzer kostet hundertmal mehr als eine der teuersten KI-gesteuerten Drohnen.

KI-gesteuerte Drohnen und autonome Angriffe

Politik-Professorin Elke Schwarz von der Queen Mary University in London warnte: «Rüstungsfirmen wie Anduril oder Palantir entwickeln autonome Drohnenschwärme, die Menschen töten. Solche Waffen könnten die ganze internationale Sicherheitsordnung verändern und die Welt unsicherer machen.»

David Bach, Professor für Strategie an der Business School IMD, wies auf einen unbemannten Krieg hin: «KI-Anwendungen der nächsten Generation können feindliche

Stellungen aufspüren, autonome Angriffe starten oder kritische Infrastrukturen aus weiter Ferne stören.»

Gegen solche Agriffe sind Kampfjets und Kampfpanzer nutzlos.

Sogar «NZZ»-Redaktor Georg Häslер räumte am 22. November 2025 ein, dass Kampfjets für den Einsatz in der Schweiz nicht zweckmäßig seien. Doch, meinte er, die Schweiz könne die F-35 «im Verbund des europäischen Pfeilers der Nato» verwenden. Und falls die Schweiz ihre F-35 «nicht an der Nato-Ostflanke einsetzen» wolle, dann solle sie diese wenigstens «im Gebiet zwischen Lyon, München, Wien und Mailand» einsetzen. Das verschaffe ihr Respekt.

Argument «Trittbrettfahrerin» ...

Mangels besserer Argumente ziehen Militärs, Rüstungslobby und einige Politiker ein neues Argument aus dem Hut: Die Schweiz dürfe keine «Trittbrettfahrerin» sein: Wenn die Schweiz auf den Schutz der USA und der Nato zähle, müsse sie ebenfalls aufrüsten – aus Solidarität.

Georg Häsler meinte: «Die Schweiz kann es sich nicht leisten, weiter einfach Trittbrettfahrerin zu sein. Irgendwann schickt die Nato die Rechnung nach Bern.»

Welche Rechnung es sein könnte, führte Häsler nicht aus.

Unterdessen will die Schweiz tatsächlich noch mehr Waffen in den USA kaufen – doch nicht um sich zu schützen, sondern um niedrigere Zölle zu erhalten.

Kritiker der Aufrüstung mit F-35 und Panzern diffamierte «NZZ»-Chefökonom Peter A. Fischer als «friedliebende Heuchler und Trittbrettfahrer».

Einer sachlichen Diskussion weicht er aus.

...oder knallharte Interessenpolitik

Normalerweise stoßen die Argumente «Solidarität» und «Trittbrettfahrerin» auf wenig Gegenliebe. Als es um die Überlastung im Asylwesen ging, wollte FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen nichts davon wissen: «Es braucht jetzt nicht noch mehr Solidarität mit der EU, sondern eine knallharte Interessenpolitik.»

Auch mit den Ärmsten wird keine Solidarität gefordert. Oxfam berechnete es global: «Mit weniger als 3 Prozent der Militärausgaben der G-7-Länder oder mickrigen 2,55 Prozent des Nato-Budgets des Jahres 2024 könnte der globale Hunger beseitigt (32 Milliarden Dollar) und die Schuldenkrise im globalen Süden gelöst werden (36 Milliarden Dollar).»

Die Beseitigung des Elends würde zum Frieden erheblich mehr beitragen als das Aufrüsten.

Das Argument «Trittbrettfahren» zählt auch nicht, wenn es um das Ausbeuten von Textilarbeiterinnen, Kaffeepflückern oder Minenarbeitern geht. Oder um die Klimapolitik: Unser möglicher Beitrag mache weltweit ohnehin keinen Unterschied aus.

Kosten und Risiken der Hochrüstung

Eine massive Aufstockung der Militärausgaben birgt gesellschaftliche Sprengkraft. Denn das Aufrüsten lässt sich nur auf drei Wegen finanzieren – alle mit gravierenden Nebenwirkungen:

1. Mit Kürzungen bei Sozialem, Gesundheit, Bildung, Umweltschutz, Infrastruktur oder Kultur
2. Mit höheren Steuern («Wir müssen für die Armee die Steuer erhöhen», Leitartikel in Tamedia-Zeitungen vom 13.12.2025)
3. Mit zusätzlichen Schulden

Der dritte Weg ist politisch der machbarste, aber auch der riskanteste. Das Aufrüsten mit Schulden kann zum Brandbeschleuniger einer Finanz- und Wirtschaftskrise werden. Wenn das Schuldenkonstrukt kippt, drohen Hyperinflation und verbreitete Arbeitslosigkeit. Mit der Freiheit, die wir bewahren wollen, ist es dann vorbei.

Ein massives Aufrüsten führt nicht nur zu unverantwortlichen Schulden, sondern birgt noch andere gesellschaftliche Sprengkraft. Das Aufrüsten lenkt von weiteren existenziellen Risiken ab. Erwähnt seien hier die Klimaerwärmung, die Migration, das Zerstören von Natur und Umwelt, der Zugang zu Wasser und Rohstoffen und soziale Verwerfungen.

Zwei Optionen für die Schweiz

Armegegner Josef Lang sagte in der «Sonntags-Zeitung»: «Ein Alleingang ergibt keinen Sinn mehr. Es gibt nur zwei rationale Optionen:

1. Wir machen bei einem Militärbündnis mit und schaffen die Neutralität ab.
2. Wir entscheiden uns für eine weltsolidarisch-friedenspolitische Neutralität und schaffen die Armee ab (nach dem Beispiel von Costa Rica und Panama).

Diese zweite Option finde ich die vernünftigste.»

Die frühere Aussenministerin Michelin Calmy-Rey dagegen hält die erste Option für vernünftiger: «Wenn die Neutralität unsere Sicherheit nicht mehr gewährleistet, dann müssten wir sehr ernsthaft den Beitritt zur EU und zur Nato prüfen.

Bei der ersten Option mit dem Anschluss an ein Militärbündnis müsste die Schweiz wahrscheinlich ein Berufsmilitär einführen. Denn die modernen Waffensysteme sind so anspruchsvoll, dass drei Wochen WK im Jahr als Training nicht genügen.

Milliarden verpulvert

Nach der Analyse des konkreten Kriegsrisikos und der globalen Risiken sowie des Kosten-Nutzenverhältnisses gibt es keinen überzeugenden Grund, weshalb die Schweiz US-Kampfjets und von Offizieren geforderten zusätzliche Kampfpanzer kaufen soll.

Das Risiko eines konventionellen Krieges, bei dem russische Panzer oder Kampfjets die Schweiz erreichen, ist vernachlässigbar klein. Falls Russland die Schweiz mit Raketen oder ferngesteuerten Drohnen angreifen sollte, wären Kampfjets und Kampfpanzer nutzlos.

Eine bewaffnete Schweiz müsste in die Abwehr von Drohnen, Cyberangriffen und Viren investieren.

Auch für Deutschland gibt es keinen ausreichenden Grund, sich zum Aufrüsten mit 100 Milliarden Euro zu verschulden.

Die Militärausgaben der europäischen Nato-Staaten liegen schon heute – sogar kaufkraftbereinigt – deutlich über jenen von Russland. Eine gemeinsame Rüstungs- und Beschaffungspolitik kann die Verteidigungskraft noch verstärken. Eine Aufrüstung braucht es nicht.

→ Solche Beiträge sind nur dank Ihren SPENDEN möglich.
Spenden an unsere Stiftung SSUI/Infosperber können Sie bei den Steuern abziehen. Vielen Dank!